

SÜDKURIER

Bermatingen

Politische Gruppierungen in Bermatingen vereinen sich

24.10.2014

Von Helmar Grupp




Die politischen Akteure präsentieren eine gemeinsame Resolution gegen Umfahrungsstopp. Bis auf die LBU sind alle politischen Gruppierungen im Protest gegen die Entscheidung des Verkehrsministeriums vereint.

Mit einer gemeinsamen Resolution protestieren Bürgermeister Martin Rupp sowie Freie Wähler, CDU und SPD gegen den Planungsstopp für die Umfahrungen Bermatingen und Salem-Neufrach. Die Begründung des Verkehrsministeriums sei fadenscheinig, das Ministerium betreibe Wortbruch, sind die Kernaussagen des Papiers, in dem die Verfasser nochmals auf das Impulsprogramm und den Bermatinger Bürgerentscheid verweisen. Wer Basisdemokratie ernst nehme, müsse die Planungen umsetzen, wird auf die Zweidrittelmehrheit pro Umfahrung seinerzeit in 2003 verwiesen.

Der Ausbau der B 31 sei für die Region „unbestritten sehr wichtig“, heißt es weiter, er dürfe aber nicht zu Lasten der bereits zugesagten Maßnahmen in Bermatingen und Salem geschehen: „Denn in jahrzehntelanger Willensbildung wurde in der Region ein Konsens gefunden, wie die Entlastung im Bereich des Straßenbaus aussehen kann.“ In langjährigen Verfahren unter vielen Abwägungen hätten sich die politisch Verantwortlichen in demokratisch gewählten Gremien und die Planer auf den Planungsfall 7.5 geeinigt. Dieser stelle ein Netzwerk dar, bei dem die Interessen von Menschen, Verkehr und Umwelt am besten abgewogen seien. Mit der Absage des Verkehrsministeriums bestehe nun „die Gefahr, dass einzelne Gemeinden gegeneinander ausgespielt werden“. Der Planungsstopp für die OU Bermatingen sei angesichts deren fortgeschrittenen Stadiums „reine Steuerverschwendung“.

Makler für Immo-Verkauf

24 immoverkauf24.de

Hier PLZ Ihrer Immobilie angeben - Empfehlung
bester Makler erhalten! 

Als eines von landesweit nur fünf Dörfern sei der Ortskern von Bermatingen als Ensemble denkmalgeschützt. Der Schutz dieser historischen Bausubstanz müsse auch im Interesse des

Landes sein, heißt es: „Nun soll der historische Ortskern Bermatingen weiterhin durch Abgase und Erschütterungen des Durchgangsverkehrs geschädigt werden.“ Schließlich kündigt die Resolution einen breiten Protest gegen die Politik des Landes an: „Die Mehrheit der Bürgerschaft Bermatingens wird die Entscheidung des Verkehrsministeriums so nicht akzeptieren wollen und Widerstand formieren.“ Das Verkehrsministerium wird abschließend „mit Nachdruck“ aufgefordert, die Entscheidung zu revidieren. An die Landesregierung ergeht die Forderung, „die noch erforderlichen Planungsmittel

freizugeben und das Planfeststellungsverfahren für die Ortsumfahrung Bermatingen zügig zum Abschluss zu bringen“.

Gegenüber der Presse betonte Rupp, dass ihn dieser „Schulterschluss“ sehr freue. Gemeinsam vertrete man so „die berechtigten Interessen der Bürgerschaft gegenüber dem Verkehrsministerium“, sagte er. Carola Uhl (CDU) wertete die Resolution als „Aufakt für weitere Aktivitäten, auch gemeinsam mit Salem und Markdorf“. Franz Kutter (FW) zeigte sich verärgert, dass die Planungen von Jahren „mit einem Strich abgekanzelt werden“. Es sei bereits zu viel Geld in die Planung der Umfahrungen investiert worden, als dass sie so kurz vor ihrem Ende noch gestoppt werden sollten. Rupp verwies darauf, dass über Jahre hinweg auch „ein riesiges ehrenamtliches Engagement“ geleistet worden sei: „Das befördert nicht gerade das Vertrauen in die Politik.“

Zum Hintergrund

- **Die Vorgeschichte:** Am Montag hatte das Landesverkehrsministerium den Planungsstopp für die Umfahrung Bermatingen und die Absage an die Planung der Umfahrung Salem-Neufrach verkündet. Das Land wolle sich im Straßenbau am See vordringlich auf den raschen Ausbau der B31 neu konzentrieren, lautete die Begründung. Zudem würden sich bei der OU Salem erhebliche Kostensteigerungen abzeichnen und gegen die OU Bermatingen gebe es zahlreiche Einwendungen. Zuletzt seien die Planungskapazitäten im Regierungspräsidium (RP) und die finanziellen Mittel begrenzt. Die Planer im RP, die sich bislang um die OU Bermatingen gekümmert hatten, müsse man nun für die Arbeit an der B31 neu einsetzen.
- **Der Planungsstand:** Die Ortsumfahrung Bermatingen befindet sich bereits seit 2009 im Planfeststellungsverfahren, also in einem inzwischen fortgeschrittenen Stadium der Planungen. Beide Projekte, Bermatingen und Neufrach, wurden von der Vorgängerregierung in das so genannte Impulsprogramm des Landes aufgenommen und sollten aus dessen Mitteln finanziert werden. Von den vier Vorhaben im Impulsprogramm - aus jedem der vier Regierungsbezirke des Landes jeweils eines - wurden die anderen drei entweder verwirklicht oder streben ihrer Realisierung entgegen. Die Ortsumfahrungen als für den RP-Bezirk Tübingen ins Impulsprogramm aufgenommenes Projekt sollen nun nicht verwirklicht werden.
- **Die Haltung der LBU:** Als einzige politische Gruppierung der Gemeinde spricht sich die LBU offiziell gegen eine OU Bermatingen aus. Konsens in der LBU, so deren Vorsitzende Andrée Störk, sei die Verkehrsberuhigung und Lärmreduzierung auf der L-205-Ortsdurchfahrt mit durchgängig Tempo 30 und Flüsterasphalt. Doch nicht ausnahmslos alle LBU-Mitglieder lehnen die OU Bermatingen ab. (gup)